KLIMASCHUTZ UND KOMMUNALPOLITIK

Am 18. Oktober war Steffen Andreae in seiner Funktion als Kommunalpolitiker zu einem Workshop in Wien eingeladen. Darin ging es um die Potenziale lokaler Klimastrategien für eine Low-Carbon-Society. Im besonderen diskutiert wurde die Frage, welche positiven Folgen Ökodörfer und Lebensgemeinschaften auf eine verbesserte Klimapolitik in einer Gemeinde haben. Eingeladen waren WissenschaftlerInnen, ein Vertreter

ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

des Umweltministeriums Österreich, Abteilung Klimaschutz und Luftreinhaltung, ein Bürgermeister einer Öko-Region, ein Vertreter der Landesregierung Niederösterreich, ein Vertreter des Bundesministeriums für Technologie, Abteilung Verkehr, Mobilität, Siedlungswesen und Lärm, KommunalpolitikerInnen, Aktive aus der Gemeinschaftsbewegung und ein Vertreter des österreichschen Klimafonds. Die insgesamt 20 Personen diskutierten einen Tag über die Frage, wie den klimapolitischen Herausforderungen auf kommunaler Ebene begegnet werden kann. Die Vertreter der Ministerien machten deutlich, dass die Vereinbarungen von Paris sich von den zuvor getroffenen dadurch entscheiden, dass sie nun verbindlich sind. Es ist also eine Frage von Monaten bis es u.a. auch für die Gemeinden Vorschriften gibt, bestimmte Maßnahmen umzusetzen.

Die Gemeinde Kaufungen hat zwar ein Klimaschutzkonzept, welches die politisch Verantwortlichen aber mangels Ein- und Weitsicht nur zur Kenntnis nahmen, nicht jedoch beschlossen haben. Die Vertreterin des DIFU war sich über die unzureichende Situation in Kaufungen sehr wohl bewusst. Sie machte erneut deutlich, dass es noch weitere Fördergelder für diesen Bereich gäbe und nach ihrer Kenntnis die Gemeinde Kaufungen nicht alles Möglichkeiten ausgeschöpft hat. Sie bot an zu einem Workshop in unsere Gemeinde zu kommen. Wir machen auf diesem Weg die Gemeindeverwaltung darauf aufmerksam und hoffen auf weitere Aktivitäten.

Aufgrund des besonderen Situation in Kaufungen mit zwei Kommunen (Kommune Niederkaufungen und Kommune Lossehof) und einem möglichen Gemeinschafts- oder Cohousing Projekt auf dem alten Festplatz könnte die Gemeinde in einer Gesamtbewertung alleine schon dadurch wichtige Zielschritte auf dem Weg der Reduzierung erreichen. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse sind hier eindeutig: Die Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks durch gemeinschaftliche Lebensformen ist so immens, dass die Forderung der SPD Politikerin Manu Dreyer („in jedem Dorf soll ein Gemeinschaftsprojekt entstehen") schon alleine aus ökologischer Perspektive geboten ist. Dass sich auch ökonomische, kulturelle und soziale Vorteile für die bewusste Ansiedlung von Projekten nachweisen lassen, spielte bezogen auf das Thema der Veranstaltung keine Rolle. Außerdem bestünde die Möglichkeit, dass die Gemeinde Kaufungen hier beispielgebend für andere Gemeinden und Städte wirken könnte und die gemachten Erfahrungen weiter geben könnte.

GLLK. INFO BRIEF #20 11/16

GRÜNE LINKE LISTE KAUFUNGEN

NOCH MEHR KAUFUNGER EIER

Hier bei uns in Kaufungen steht seit einem Monat ein so genanntes „Hühnermobil" und damit ein Beispiel für besonders artgerechte, moderne Tierhaltung. Die Hühner laufen auf einer Streuobstwiese und sollen dort nicht nur Eier legen, sondern auch den Schädlingen des Obstes wie z.B. den Larven der Birnengallmücke ein natürlicher Feind sein.

In dem mit einer Fotovoltaikanlage ausgestatteten, energieautarken Stall leben 225 Hühner in ganzjähriger Freilandhaltung zusammen.

Ein großer Pluspunkt bei dieser Art der Hühnerhaltung ist die Mobilität, die es ermöglicht, dass der Stall wöchentlich auf ein frisches Stück Wiese gestellt wird. Dadurch wird die Grasnarbe und das Grundwasser geschont.

Ernährungssouveränitat ist längst auch zu einem Selbstbestimmungskonzept in Industriestaaten und Städten geworden. Auch hier geht es um „Entkolonialisierung" und aktive Veränderung des Verhältnisses zur geballten Wirtschafts-, aber auch Kommunikationsmacht von Lebensmittel- und Handelskonzernen. Vegane oder vegetarische, faire, lokale und biologische Küche und die Verwertung von vermeintlichem Abfall werden zum Symbol. Mittlerweile gibt es viele Ausdrucksformen, in der die Lebensmittelerzeugung auf der Suche nach neuer Ernährungssouveränität von immer mehr Menschen wieder in die eigenen Hände genommen wird. Aktuelle Formen sind z.B. der Gemüseanbau in der Stadt in gemeinschaftlichen, interkulturellen, Schul- oder Nachbarschaftsgärten, städtische Imkerei, Lebensmittel-Kooperativen und „Solidarische Landwirtschaft", an der Kunden sich direkt mit Geld und Arbeit beteiligen.

Wenn wir von der Förderung und dem Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft sprechen, dann sind es genau diese kleinen Strukturen wie z.B. das Hühnermobil, die wir unterstützenswert finden.

Denn sie tragen zur Entwicklung unserer Region bei z.B. indem das Futter für die Tiere von weiteren Betrieben produziert wird, die Eier in zwei Kaufunger Läden verkauft werden und als Frühstückseier anschließend auf unseren Tischen stehen.

Es geht um Selbstverwirklichung und die Überwindung von Entfremdung; aber auch um die alte Weisheit, dass Essen stets ein politischer Akt ist – in diesem Sinne: Guten Appetit!

Weitere Informationen:

Gemüsebaukollektiv
Rote Rübe, Kirchweg 1 34260
Kaufungen
Tel. 05605 – 800737
roteruebe@kommune-niederkaufungen.de
www.kommune-niederkaufungen.de

ERHÖHUNG DER KITAGEBÜHREN IN PLANUNG

Die SPD wird zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung einen Antrag zur Finanzierung der neuen Kindertagesstätte stellen. Der Antrag teilt sich in sieben Punkte mit einer anschließenden Begründung.

Vorab: Klar ist, dass wir die jährlichen Kosten, die die neue Kita mit sich bringt, irgendwie bezahlen müssen. Darin sind sich alle Fraktion einig. Uneins sind wir uns, weil es eben verschiedene Möglichkeiten gibt, die Einnahmen zu steigern bzw. die Ausgaben zu kürzen.

Die SPD beantragt nun die "Erarbeitung eines Planes zur Finanzierung der Folgekosten, die durch die neue Kindertagesstätte entstehen (418.00 Euro), soll im Rahmen des diesjährigen Bürgerhaushaltes in einem offenen Prozess zwischen Politik, Verwaltung und Elternbeiräten diskutiert und erarbeitet werden."

Das ist gut, dass gemeinsam diskutiert werden soll und auch ergebnisorientiert gearbeitet wird, aber wieso betrifft diese Entscheidung die Feuerwehr, die Sportvereine, die Pferdebesitzenden weniger als die Elternbeiräte? Wenn sich jetzt nämlich diese Gruppe einigt, dann hat das Auswirkungen darauf, mit wie viel Geld und auf welche Art und Weise die Feuerwehr, die Sportvereine, die Pferdebesitzenden unterstützt werden können, aber natürlich auch die kleine Kulturinitiative oder irgendein Verein in Kaufungen. Denn diese Entscheidung hat was damit zu tun, wo wir uns sonst das Geld holen.

Bei diesem Prozess sollen „auch die Anforderungen der Qualität“ zugrunde gelegt werden. „Qualität und Finanzierung müssen in einem ausgewogenen Verhältnis stehen und sowohl finanziell als auch inhaltlich von der gesamten Gemeinde getragen werden können.“ (Antrag SPD Punkt 2)

Da ist es gut zu wissen, dass die SPD 2014 folgendes beantragt hat und die Gemeindevertretung ihr dann auch gefolgt ist:

„Die Gemeindevertretung lehnt deutliche Qualitätsreduzierungen ebenso ab wie deutliche Preisanhebungen. Insbesondere die Finanzierung von einem Drittel der Kosten der Kinderbetreuung durch Elternbeiträge (heute 14%), wie es in den Konsolidierungserlassen des Landes gefordert wird, wird abgelehnt. Kinderbetreuung soll bezahlbar sein und alle Kinder sind uns gleich viel wert.“

Dieter Schütz - pixelio

Es ist deshalb gut zu wissen, weil sonst der Punkt 2 des Antrags auch bedeuten könnte, dass auch über die Qualitätsstandards diskutiert werden kann. (Wobei: Es ging ja damals schon nur um „deutliche“ Reduzierungen. Die weniger deutlichen könnten also noch drin sein.)

Als Grundlage dienen uns die Leitlinien, die wir 2014 beim Gemeindevorstand beantragten: „Der Gemeindevorstand wird beauftragt ... unter Beteiligung des Gesamtelternbeirates messbare Qualitätsstandards zu erarbeiten, die den qualitativen Anforderungen und den Anforderungen an die Haushaltskonsolidierung gleichermaßen gerecht werden.“

Dass im stillen Kämmerlein und nicht öffentlich verhandelt werden soll, findet sich im 4 Punkt des Antrags und reicht als Grund schon aus, den Antrag abzulehnen. Die Gremien, die wir dafür haben, heißen Ausschüsse, sind öffentlich und eignen sich dafür. Gerne können wir die Sitzungen, wie die GLLK ja schon mehrfach gefordert hat, mehr für Redebeiträge von z.B. Elternbeiräten öffnen. Dem Haupt- und Finanzausschuss würde eine externe Moderation nicht nur gut tun, sondern er könnte sich dadurch wieder zu einem sinnvollen Gremium mausern, dafür könnten wir uns auch vorstellen, Geld in die Hand zu nehmen und die Sitzungen extern moderieren zu lassen.

Dem Gedanken, Lösungsvorschläge im Konsens zu erarbeiten folgen wir. Konsens bedeutet die übereinstimmende Meinung von Personen zu einer bestimmten Frage ohne verdeckten oder offenen Widerspruch. Das bedeutet einstimmige Entscheidungen. Außer im Ausschuss Jugend, Sport, Soziales und Kultur existiert seit der letzten Wahl nicht auch nur ein Hauch vom Geist einer konsensualen Entscheidungsfindung. Konsens bedeutet ein echtes Interesse an den Positionen der anderen zu entwickeln. Konsens bedeutet Gespräch und Austausch. Konsens bedeutet zumindest den Versuch, sich in die Haltung der anderen Position hineinzufinden, um verstehen zu können. Konsens ist ein anderes politisches System. Dem würden wir uns gerne annähern.

Wir fragen uns, ob denn der gewünschte Arbeitskreis auch zur Entscheidung gelangen könnte, die Elternbeiträge zu kürzen? Nur wenn das der Fall ist, kann von einem offenen Prozess gesprochen werden. Ansonsten - und das vermuten wir - ist die Entscheidung schon gefallen: Die Mehrkosten sollen über die Erhöhung der Kitagebühren finanziert werden. Daher behaupten wir, dass eine Erhöhung der Kitagebühren in Planung ist.

Wir haben zum Thema im Dezember (formal korrekt) einen Antrag zur Einführung eines einkommensabhängigen Gebührenmodells gestellt. Dieser Antrag wurde in die Ausschüsse verwiesen, aber dort nicht behandelt. Theoretisch hätten wir jetzt also eine gute Basis. Eine weitere Grundlage könnten die schon angesprochenen Qualitätsstandards sein, die der Gemeindevorstand zusammen mit dem Elternbeirat erarbeiten sollte.

Die grundsätzliche Debatte ist die Frage, ob die Kitakosten nicht eine gesamtgesellschaftliche Aufgaben sein sollen. Das hat die SPD auf Bundesebene ja schon beschlossen. Das bedeutet dann Befreiung von den Kitagebühren und Finanzierung z.B. über die Grundsteuer. Dies ist eine Debatte, die in den politischen Gremien geführt werden muss. Öffentlich und transparent.

DIE NÄCHSTEN TERMINE

Do.	10. November	19:00	Gemeindevertretung	Bürgerhaus
So.	20. November	15:30	Weihnachtsmärchen Kaufunger Kindertheater	Bürgerhaus
Mo.	21. November	19:00	öffentliche Fraktionssitzung	Kommune Lossehof
MI.	23. November	14:00 - 18:00	Vorweihnachtlicher Markt	Begegnungsstätte
Do.	8. Dezember	19:00	Gemeindevertretung	Haferbachhalle